



Stellungnahme zum Vorhaben der NRW-Landesregierung

Kürzungen im Sozialen Sektor

Die schwarz-grüne NRW-Landesregierung plant für ihren Haushalt 2025 radikale Kürzungen im sozialen Bereich. Wenn man sich die angesetzten Pläne genauer anschaut, entdeckt man insbesondere eine radikale Kürzung im Bereich der Flüchtlingsberatung. Die Ausgaben sollen von 22 Millionen Euro auf 12,9 Millionen Euro Jahresbudget gekürzt werden. Die freiwerdenden Gelder sollen genutzt werden, um die bürokratisch-aufwendige und diskriminierende Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen.

Das bedeutet ein Kahlschlag für Beratungsstellen, welche täglich eine wichtige Arbeit für Geflüchtete leisten. Menschen mit Fluchterfahrungen sind ohnehin schon enorm belastet und unterversorgt. Es fehlt ihnen an ausreichender medizinischer Versorgung, pädagogischer Unterstützung, Wohnraum für geflüchtete Familien, ausreichend finanzielle Mittel, Arbeitsmöglichkeiten und Hilfen bei Asylverfahren und weiteren bürokratischen Anliegen. Ebenso wird die psycho-soziale Beratung auf's massivste mit dem Vorhaben der Landesregierung gekürzt. Menschen aus Kriegsgebieten oder mit traumatischen Fluchterfahrungen brauchen dringend und unverzüglich psychosoziale Anbindungen. Bereits ohne die geplanten Haushaltskürzungen dauert die Wartezeit in den Beratungsstellen oder in geeigneten Therapieeinrichtungen zu lange.

Diese Kürzungen haben nicht nur für die direkt betroffenen, sondern auch für das wirtschaftliche Potential des Standortes NRW massive Folgen. Ob es nun um Unterstützung für Geflüchtete Menschen, für Armutsbetroffene oder ganz allgemein für Kinder- und Jugendliche geht. Es handelt sich bei all diesen Feldern Sozialer Arbeit um eine Investition für die Zukunft. Wir müssen uns daher die Frage stellen, wollen wir in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit in die Soziale Arbeit investieren oder kürzen wir diesen zentralen Baustein unserer Demokratie weiter zusammen?

Zeitgleich zum großen Abbau im sozialen Sektor, stockt die NRW-Landesregierung auf. Nach der Messerattacken im Sommer in Solingen werden erneut massive Überwachungspakete auf den Weg gebracht. Dazu möchten wir uns in Kürze nochmal äußern, ein Punkt steht jedoch fest:

„Überwachen statt Unterstützen“ ist hierbei das Motto der Landesregierung.

Handeln, Laut werden, Organisieren!

Als Berufsverband für Soziale Arbeit NRW stellen wir uns massiv gegen die Vorhaben der Landesregierung NRWs. Wo der Staat proklamiert: "Überwachen statt Unterstützen" und Menschen die dringend erforderlichen Hilfen entreißt, müssen Sozialarbeitende ihre Stimme erheben. Wo die Debatten sich um Kürzungen drehen und der Sozialstaat immer weiter in die Defensive gedrängt wird, widersprechen wir. Organisiert euch deshalb im Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit. Eurem politischen Sprachrohr für die Soziale Arbeit. Dabei führen wir sowohl gewerkschaftliche Kämpfe in der Sozialen Arbeit, als auch Kämpfe um die sonstigen Bedingungen unter denen Sozialarbeitende tagtäglich unsere Gesellschaft zusammenhalten.

Insbesondere von der Partei Die Grünen sind wir enttäuscht. Das Wahlprogramm der Landtagswahl beinhaltete Abbau von sozialer Ungleichheit und den der Verbesserung im sozialen Bereich.

Die Landesregierung befeuert (Spar)-Maßnahmen auf den Kosten der Ärmsten. Die Landesregierung reproduziert rassistische und diskriminierende Vorhaben.

Als Profession für Menschenrechte fordern wir die Landesregierung auf solche und ähnliche Gesetze mit sofortiger Wirkung zurückzunehmen und das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger*innen nicht weiter zu beschädigen.